

22 - 1824

Gesetz vom, mit dem das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 geändert wird

Der Landtag hat - in Ausführung der Grundsatzbestimmungen des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023, des Schulzeitgesetzes 1985, BGBl. Nr. 77/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 96/2022 sowie des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes, BGBl. Nr. 163/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023 - beschlossen:

Das Burgenländische Pflichtschulgesetz 1995 - Bgld. PflSchG 1995, LGBl. Nr. 36/1995, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 81/2023, wird wie folgt geändert:

1. § 27 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Berufsschulen sind - bei gleichem Unterrichtsausmaß - zu führen:

1. als ganzjährige Berufsschulen mit mindestens einem vollen Schultag oder mindestens zwei halben Schultagen in der Woche, oder
2. als lehrgangsmäßige Berufsschulen mit einem in jeder Schulstufe mindestens acht - in Schulstufen, die einem halben Jahr des Lehrverhältnisses entsprechen, mindestens vier - Wochen dauernden Unterricht; die dem halben Jahr des Lehrverhältnisses entsprechende Unterrichtszeit kann auch auf die vorhergehenden Schulstufen aufgeteilt werden, oder
3. als saisonmäßige Berufsschulen mit einem auf eine bestimmte Jahreszeit zusammengezogenen Unterricht.“

2. Nach § 27 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt:

„(2a) Sofern der Unterricht an ganzjährigen Berufsschulen einen Tag in der Woche überschreitet, kann der den einen Tag in der Woche überschreitende Unterricht zur Gänze oder teilweise blockartig geführt werden.“

3. § 36 Abs. 2 lautet:

„(2) Nach Maßgabe des Bedarfes haben öffentliche Berufsschulen entweder als ganzjährige Berufsschulen oder, erforderlichenfalls unter Angliederung eines Schülerheimes (§ 37), als lehrgangsmäßige Berufsschulen oder saisonmäßige Berufsschulen zu bestehen. Sie sind zu führen als

1. selbständige Berufsschulen oder
2. Expositurklassen einer selbständigen Berufsschule.“

4. § 51 lautet:

„§ 51

Schuljahr

- (1) Das Schuljahr besteht aus dem Unterrichtsjahr und den Hauptferien.
- (2) Das Schuljahr beginnt grundsätzlich am ersten Montag im September und dauert bis zum Beginn des nächsten Schuljahres.“

5. § 52 lautet:

„§ 52

Unterrichtsjahr, Hauptferien

- (1) Das Unterrichtsjahr beginnt mit dem Schuljahr und endet mit dem Beginn der Hauptferien.

(2) Das Unterrichtsjahr besteht an ganzjährigen Berufsschulen aus zwei Semestern und den Semesterferien. Die Semesterferien dauern eine Woche und beginnen grundsätzlich am zweiten Montag im Februar.

(3) Die Hauptferien beginnen

1. für ganzjährige Berufsschulen an dem Samstag, der frühestens auf den 28. Juni und spätestens auf den 4. Juli fällt, und
2. für lehrgangsmäßige und saisonmäßige Berufsschulen frühestens neun und spätestens sieben Wochen vor dem Beginn des nächsten Schuljahres.

(4) Die Hauptferien dauern bis zum Beginn des nächsten Schuljahres.

(5) Bei lehrgangsmäßigen und saisonmäßigen Berufsschulen hat die Bildungsdirektion nach Anhörung des Schulerhalters den Beginn und das Ende der einzelnen Lehrgänge innerhalb jedes Unterrichtsjahres und die Dauer der Hauptferien zu bestimmen. Bei einer Unterbrechung des Lehrganges aus Anlass von Ferien oder aus sonstigen organisatorischen Gründen ist die volle Gesamtdauer des lehrplanmäßig vorgesehenen Unterrichts anzustreben.“

6. § 53 lautet:

„§ 53

Schultage, schulfreie Tage

(1) Schultage sind

1. an ganzjährigen Berufsschulen mindestens ein ganzer Tag oder mindestens zwei halbe Tage in jeder Woche des Unterrichtsjahres,
2. an lehrgangsmäßigen Berufsschulen die innerhalb der Lehrgangsdauer liegenden Tage, und
3. an saisonmäßigen Berufsschulen die erforderlichen Tage, mindestens jedoch zwei ganze Tage in jeder Woche innerhalb des Teiles des Jahres, auf den der Unterricht zusammengezogen wird, soweit diese Tage nicht gemäß Abs. 2 schulfrei sind.

(2) Schulfrei sind folgende Tage:

1. die Sonntage und die gesetzlichen Feiertage, der 2. November (Allerseelentag), der 11. November;
2. die Tage vom 24. Dezember bis einschließlich 6. Jänner (Weihnachtsferien); der 23. Dezember, sofern er auf einen Montag fällt;
3. der einem gemäß Z 1 oder 2 schulfreien Freitag unmittelbar folgende Samstag;
4. die Tage von Montag bis einschließlich Samstag der Semesterferien (§ 52 Abs. 2);
5. die Tage vom Samstag vor dem Palmsonntag bis einschließlich Dienstag nach Ostern (Osterferien);
6. die Tage vom Samstag vor dem Pfingstsonntag bis einschließlich Dienstag nach Pfingsten (Pfingstferien).

(3) Ferner kann die Bildungsdirektion in besonderen Fällen des schulischen oder sonstigen öffentlichen Lebens zwei weitere Tage durch Verordnung schulfrei erklären, insbesondere zwei zwischen unterrichtsfreie Tage fallende Schultage.

(4) Bei Unbenützbarkeit des Schulgebäudes, in Katastrophenfällen oder aus sonstigen zwingenden oder aus im öffentlichen Interesse gelegenen Gründen kann für die unumgänglich notwendige Zeit von der Bildungsdirektion durch Verordnung ein IKT-gestützter Unterricht ohne physische Anwesenheit in der Schule angeordnet werden. Wenn die Verordnung dieser Unterrichtsform nicht möglich oder aufgrund der Unterrichts- und Erziehungssituation der Schüler nicht zweckmäßig ist, kann die unumgänglich notwendige Zeit für schulfrei erklärt werden.

(5) Wenn die im Lehrplan für eine Schulstufe vorgesehene Zahl an Unterrichtsstunden durch schulfreie Tage gemäß § 52 Abs. 5 sowie § 53 Abs. 2 bis 4 um mehr als ein Zehntel unterschritten werden würde, hat die Bildungsdirektion

1. die Einbringung der fehlenden Unterrichtsstunden durch
 - a) die Vorverlegung des Beginns des Schuljahres auf den ersten Werktag im September für alle oder einzelne Lehrberufe,
 - b) die Erklärung des Dienstags nach Ostern und nach Pfingsten zu Schultagen sowie
 - c) die Verlegung der Semesterferien sowie des Endes des Unterrichtsjahres um höchstens fünf Schultage, oder
2. die Verlängerung der Lehrgänge

anzuordnen.“

7. Dem § 58 wird folgender Abs. 21 angefügt:

„(21) § 27 Abs. 2 und 2a, § 36 Abs. 2, §§ 51, 52, 53 und 59 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.“

8. § 59 lautet:

„§ 59

Verweisungen

Soweit in diesem Landesgesetz auf Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese, wenn nicht eine bestimmte Fassung angeführt ist, in folgender Fassung anzuwenden:

1. Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023;
2. Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz, BGBl. Nr. 163/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023;
3. Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz - LDG 1984, BGBl. Nr. 302/1984, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 166/2023;
4. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 37/2023;
5. Schulzeitgesetz 1985, BGBl. Nr. 77/1985, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 96/2022;
6. Schulunterrichtsgesetz - SchUG, BGBl. Nr. 472/1986, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 140/2023;
7. Minderheiten-Schulgesetz für das Burgenland, BGBl. Nr. 641/1994, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 101/2018.“

Vorblatt

Anlass:

Mit dieser Gesetzesnovelle soll im Ausführungsgesetz entsprechend den Grundsatzbestimmungen des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 37/2023, des Schulzeitgesetzes 1985, BGBl. Nr. 77/1985, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 96/2022 sowie des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes, BGBl. Nr. 163/1955, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 37/2023, die Möglichkeit geschaffen werden, dass im Burgenland neben lehrgangmäßigen Berufsschulen auch ganzjährige und saisonmäßige Berufsschulen errichtet werden können.

Änderung:

Novellierung des Burgenländischen Pflichtschulgesetzes 1995.

Inhalt:

Mit dem vorliegenden Entwurf ergeben sich folgende Änderungen:

Es wird die Option verankert, dass Berufsschulen nicht mehr bloß lehrgangmäßig, sondern auch als ganzjährige und saisonmäßige Berufsschulen geführt werden können. Diese Möglichkeit ist den Grundsatzbestimmungen des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 37/2023, des Schulzeitgesetzes 1985, BGBl. Nr. 77/1985, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 96/2022 sowie des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes, BGBl. Nr. 163/1955, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 37/2023, zu entnehmen.

Alternativen:

Beibehaltung der bisherigen Rechtslage.

Kompetenzgrundlagen:

Ein dem Entwurf entsprechendes Ausführungsgesetz gründet sich kompetenzrechtlich auf Art. 14 Abs. 3 B-VG (Schulwesen) und in weiterer Folge auf § 5 Abs. 2 des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes. Die schulzeitlichen Regelungen basieren auf § 10 des Schulzeitgesetzes 1985, die Organisationsformen auf § 49 Abs. 2 des Schulorganisationsgesetzes.

Finanzielle Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften:

Der vorliegende Gesetzesentwurf hat - soweit ersichtlich - weder für den Bund, das Land noch für die Gemeinden nennenswerte finanzielle Auswirkungen

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Diesem Landesgesetz stehen - soweit ersichtlich - keine zwingenden unionsrechtlichen Vorschriften entgegen.

Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer:

Die in diesem Landesgesetz enthaltenen Regelungen haben weder direkt noch indirekt unterschiedliche Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die gesellschaftliche Vielfalt.

Die Texte der vorliegenden Gesetzesnovelle wurden geschlechtergerecht formuliert.

Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit:

Die in diesem Landesgesetz enthaltenen Regelungen weisen keinerlei umweltpolitische Relevanz auf.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Im vorliegenden Entwurf wird die Mitwirkung der Bildungsdirektion vorgesehen. Gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG muss die Zustimmung der Bundesregierung eingeholt werden, insoweit ein Landesgesetz bei der Vollziehung die Mitwirkung von Bundesorganen vorsieht.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Anlass und Inhalt des Gesetzesentwurfs

Durch die Einführung der Möglichkeit, dass nunmehr neben lehrgangsmäßigen Berufsschulen auch ganzjährige und saisonmäßige Berufsschulen im Burgenland geführt werden können, ergeben sich weitere mögliche Organisationsformen. Diese Möglichkeit fußt auf den Grundsatzbestimmungen des § 49 des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 242/1962, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 37/2023, des § 10 des Schulzeitgesetzes 1985, BGBl. Nr. 77/1985, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 96/2022 sowie des § 5 Abs. 2 des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes, BGBl. Nr. 163/1955, in der Fassung BGBl. I Nr. 37/2023.

Besonderer Teil

Z 1 bis 3 (§ 27 Abs. 2 und 2a, § 36 Abs. 2):

Im Bgld. Pflichtschulgesetz wird verankert, dass Berufsschulen nicht mehr bloß lehrgangsmäßig, sondern auch ganzjährig oder saisonmäßig geführt werden können. Dies ist in den Grundsatzbestimmungen vorgesehen und wird nun im Ausführungsgesetz implementiert.

Z 4 bis 6 (§§ 51 bis 53):

Aufgrund der Möglichkeit der Einrichtung von ganzjährigen oder saisonmäßigen Berufsschulen mussten auch die schulzeitrechtlichen Regelungen im Ausführungsgesetz angepasst werden. Darüber hinaus wurden sie für eine bessere Lesbarkeit übersichtlicher gestaltet.

Z 7 (§ 58 Abs. 21):

Mit dieser Bestimmung wird das Inkrafttreten der Änderungen geregelt.

Z 8 (§ 59):

Aufgrund von bundesgesetzlichen Novellierungen wurden auch die Verweisungen angepasst.